

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Andreas Hügerich, sehr geehrter Stadtbaumeister Gerhard Pülz, sehr geehrte Stadträt:innen,

Als Zuhörer im öffentlichen Teil der Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses trifft man auf pragmatische und lebenserfahrene Menschen, die durch das Einbringen unterschiedlicher Perspektiven gute Kompromisse finden. Ein stets gut vorbereiteter Stadtbaumeister bringt fachlichen Input. Man merkt, Sie sind wirklich darum bemüht, gute Entscheidungen für die Korbstadt zu treffen. Vielen Dank für Ihre Arbeit.

Die Beschlüsse aus den letzten beiden Sitzungen zum Themenbereich Klimaschutz lassen mich allerdings enttäuscht zurück.

Am 26.10.21 stimmt man einstimmig dem Antrag von Christian Barth zu, Klimaneutralität als weitere Säule der VISION 2030 aufzunehmen. Was mich damals erstaunt hat: Diese Entscheidung, ein Paradigmenwechsel in der Klimapolitik der Korbstadt, wurde ohne eine einzige Wortmeldung verhandelt. Keine inhaltliche Diskussion über den Begriff Klimaneutralität. Keinen Austausch darüber, wie man das ambitionierte, aber alternativlose Ziel erreichen möchte.

Der am 08.12.21 eingebrachte Antrag der Fraktion Der Grünen wäre hier nun eine Diskussionsgrundlage für eine konzeptionelle und inhaltliche Ausrichtung gewesen. Die von der Stadt erstellte Beschlussvorlage wurde abgelehnt. Die Verhandlung lief anders. Hier entsponn sich eine rege Diskussion. Doch diese ging am Thema vorbei. Man sprach über den Kommunikationsstil, darüber den Bürgern zu schnell zu viel aufzubürden, Personalkosten, etc. Sicher alles zu berücksichtigende Herausforderungen. Aber niemand stellt diese Scheinargumente in Bezug zum Elefanten im Raum: Der menschengemachten Klimakrise.

Es scheint, als wollen Sie einer globalen Krise mit einem Bauchgefühl begegnen. Immer wieder war zu hören, dass man doch schon so viel unternommen habe. Sie haben recht, die VISION 2030 steckt voller guter Ideen. Niemand möchte dies aber in einen Maßstab bringen. Maßnahmen in ihrer Wirksamkeit überprüfen. Es bleibt offen: Wie weit sind wir hier in Lichtenfels wirklich auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft? Können wir unseren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen hier fristgerecht nachkommen? So bleibt die Aussage eines Ausschussmitgliedes: „Lichtenfels ist deutschlandweit bei den Kommunen was Klimaschutz angeht ganz vorne dabei, behaupte ich jetzt einfach mal.“ völlig unkommentiert stehen. Wie auch widersprechen, es fehlt ein Steuerungsinstrument und eine klare Zielvereinbarung. Ihr Bauchgefühl täuscht: Kommunen, die „vorne dabei“ sind haben genau das, was sie abgelehnt haben: Einen sektorenübergreifenden Maßnahmenplan, ein Monitoring und ein professionelles Klimaschutzmanagement. (Ein Beispiel: <https://www.kreis-sim.de/Klimaschutz/>)

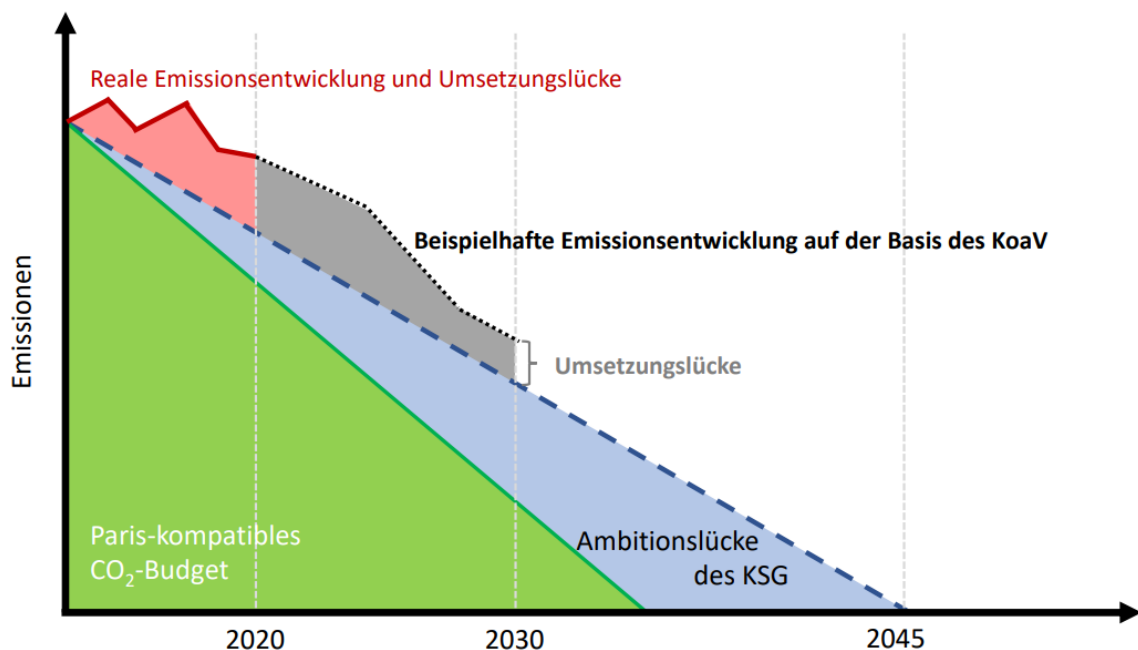
So trafen Sie eine Entscheidung, ohne, dass die Wörter „Klimakrise“, „CO₂-Budget“, „1,5°-Grad Grenze“, „Verlust von Biodiversität“ oder „Klimaschutzgesetz“ auch nur einmal fielen. Das im „Klimawahljahr 2021“. Die Entscheidung fiel mit dem grundsätzlich richtigen Konsens, die Bürger in den Blick zu nehmen und übersahen dabei das laufende Bürgerbegehren „Klimaentscheid Lichtenfels“ zum Klimaschutz, welches bisher von ca. 950 Bürger:innen gezeichnet wurde, kurz vor dem Abschluss steht und wiederum genau das fordert, was Sie abgelehnt haben: Klare und offene Klimakommunikation

auf Grundlage eines „Klimaaktionsplans“. Er evaluiert die bestehenden Maßnahmen und legt überprüfbare Schritte zum Ziel, dem wir unserem Planeten und unseren Kindern verpflichtet sind: Eine Garantie für eine klimagerechte Zukunft und eine intakte Umwelt.

Das integrierte Klimaschutzkonzept auf Landkreisebene, ein Dinosaurier aus dem Jahre 2013, wurde damals fraktionsübergreifend in Auftrag gegeben, aber leider nie umgesetzt. Zumindest haben wir von Seiten des Landratsamtes nach über einem Jahr noch immer keine Aussage bekommen, wo man steht. Mit den damals empfohlenen Schritten wären wir heute schon auf dem halben Weg zum Ziel. Es war übrigens ebenfalls ein Maßnahmenplan mit Monitoring und einer klaren Zielvereinbarung. Auch die Empfehlung hier Personalstellen zu schaffen gab es damals schon. Das darin formulierte Ziel einer Klimaneutralität bis 2050 ist mittlerweile veraltet und widerspricht dem Pariser Klimaabkommen, dem aktuellen Klimaschutzgesetz (2045), dem Plan der Bayerischen Staatsregierung für eine Klimaneutralität 2040 und vor allem dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Benachteiligung künftiger Generationen.

Den Rahmen für eine Lösung der Klimakrise stellt, das haben wir nicht zuletzt aus der Corona Pandemie gelernt, die Wissenschaft. Momentan stehen wir, sehr vereinfacht, vor folgender Aufgabe:

Abbildung 5: Schematische Darstellung der Umsetzungs- und Ambitions-lücke politischer Ziele



Unser aktuelles Klimaschutzgesetz (KSG) geht von einer Klimaneutralität bis 2045 aus. Das ist nicht kompatibel mit dem in Paris vereinbarten Restbudget an CO₂. Aber selbst die Verpflichtungen aus dem aktuell gültigen Klimaschutzgesetz halten wir mit dem neuen Koalitionsvertrag der Ampel nicht ein. Es besteht eine zusätzliche Umsetzungs-lücke. Nachdem sich die bisherigen Maßnahmen der Korbstadt im Klimaschutz nicht skalieren lassen, besteht der begründete Verdacht, dass auch wir nicht im „grünen Bereich“ zu finden sind. Das hat wiederum zur Konsequenz entweder Versprechen an künftige Generationen wissentlich zu brechen oder in Kürze weit massivere Schritte und Maßnahmen unternehmen zu müssen. Das alles von Parteien, die sich im Bundeswahlkampf einstimmig zur 1,5°Grad-Grenze bekannt haben und deren Mitglied Sie sind.

Die Klimakrise ist global. Sie kann aber nur lokal gelöst werden. Es ist Zeit für evidenzbasierten, effektiven und überprüfbaren Klimaschutz. Fangen wir endlich gemeinsam damit an.

Ich freue mich auf eine rege Diskussion mit Ihnen. Unsere Anfrage, wann wir von der Initiative „Klimaentscheid Lichtenfels“ Ihnen die gesammelten Unterschriften zum Bürgerbegehren überreichen können, liegt schon einige Tage im Rathaus.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Biskupski

Quelle der Grafik:

In der von der Klima-Allianz Deutschland beauftragten Studie hat DIW Econ gemeinsam mit Prof. Dr. Claudia Kemfert, DIW Berlin, die klimapolitischen Maßnahmen des Koalitionsvertrags in den Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft sowie in einer sektorübergreifenden Kategorie bewertet. Der Koalitionsvertrag wurde dahingehend untersucht, ob sich Deutschland mit den im Vertragstext festgehaltenen Leitlinien, Zielen und Politiken in den nächsten vier Jahren auf einem Pfad zum Erreichen des Pariser-Klimaziels oder zumindest der Emissionsminderungsziele des Klimaschutzgesetzes bis 2030 bewegt.

https://diw-econ.de/wp-content/uploads/Studie_DIW-Econ_KoaV_Plausibilitaetsanalyse_v1.2.pdf